

Antrag

der Abgeordneten Dr. Michael Meister, Heinz Seiffert, Dirk Fischer (Hamburg), Otto Bernhardt, Klaus Brähmig, Georg Brunnhuber, Renate Blank, Wolfgang Börnsen (Bönstrup), Cajus Julius Caesar, Gitta Connemann, Leo Dautzenberg, Hubert Deittert, Maria Eichhorn, Georg Fahrenschon, Enak Ferlemann, Ingrid Fischbach, Klaus-Peter Flosbach, Dr. Michael Fuchs, Ralf Göbel, Peter Götz, Olav Gutting, Ernst Hinsken, Klaus Hofbauer, Bernd Heynemann, Norbert Königshofen, Manfred Kolbe, Werner Kuhn (Zingst), Eduard Lintner, Dr. Klaus W. Lippold (Offenbach), Patricia Lips, Hans Michelbach, Klaus Minkel, Stefan Müller (Erlangen), Henry Nitzsche, Günter Nooke, Eduard Oswald, Peter Rzepka, Norbert Schindler, Wilhelm Josef Sebastian, Christian Freiherr von Stetten, Gero Storjohann, Lena Strothmann, Volkmar Uwe Vogel, Gerhard Wächter, Elke Wülfing und der Fraktion der CDU/CSU

Wohnmobile angemessen besteuern

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Bislang konnten Personenkraftwagen mit einem zulässigen Gesamtgewicht von mehr als 2,8 Tonnen als Nutzfahrzeuge angemeldet werden. Sie wurden damit bei der Kraftfahrzeugsteuer günstiger als Personenkraftwagen behandelt. Grundlage für diese Steuerbegünstigung war eine Vorschrift in der Straßenverkehrszulassungsordnung – § 23 Abs. 6a StVZO – in Verbindung mit den Vorschriften des Kraftfahrzeugsteuergesetzes. Aufgrund dieser Vorschriften und ihrer Auslegung konnte auch für schwere Geländewagen mit einem Gewicht von über 2,8 Tonnen die erhebliche günstigere Kraftfahrzeugbesteuerung nach Gewicht in Anspruch genommen werden.

Mit dem Ziel die steuerliche Begünstigung von Geländewagen in der Kraftfahrzeugsteuer zu beseitigen, hat die Bundesregierung die Streichung von § 23 Abs. 6a StVZO initiiert. Sie ist damit einem von der Regierungskoalition eingebrachten Antrag gefolgt, der in einem völlig überhasteten Verfahren und ohne Beratung in den zuständigen Ausschüssen des Deutschen Bundestages gegen die Stimmen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion beschlossen wurde.

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hatte sich in der Parlamentsdebatte gegen diese Vorgehensweise ausgesprochen und erheblichen Klärungsbedarf hinsichtlich der konkreten Auswirkungen und der Reichweite der Steuerverschärfung gesehen. Wie Recht sie mit diesem Anliegen hatte, zeigt sich nun: Über 300 000 Wohnmobilbesitzer müssen aufgrund dieses rot/grünen Schnellschusses mit einer erheblichen Erhöhung der Kraftfahrzeugsteuer rechnen. Zum Teil wird deren Kraftfahrzeugsteuer das Fünffache der bisherigen Belastung betragen. Nach wie vor ist die Höhe der Steuerlast für den einzelnen Wohnmobil-

besitzer nicht transparent. Die Verunsicherung – ein Markenzeichen der Politik dieser Bundesregierung – hinsichtlich der zukünftigen Besteuerung ist groß.

Die geplante Neuregelung stellt für Wohnmobilbesitzer eine unzumutbare steuerliche Mehrbelastung dar. Hier muss eine Änderung erfolgen, um eine zutreffende Besteuerung zu erreichen und die Verunsicherung zu beseitigen. Dies kann weder durch die geplante hubraumbezogene Kraftfahrzeugbesteuerung noch durch die Rückkehr zur gewichtsbezogenen Kraftfahrzeugbesteuerung erreicht werden. Bei einer hubraumbezogenen Besteuerung müssten beispielsweise Eigner von Wohnmobilen mit hubraumstarken Wohnmobilen soviel Steuern entrichten wie die Eigner großer Lastzüge, obwohl diese Fahrzeuge überhaupt nicht miteinander vergleichbar sind. Die Relationen würden deutlich verletzt. Aber auch die Rückkehr zur gewichtsbezogenen Besteuerung verbietet sich wegen des europäischen Rechts, wonach die Grenzziehung von 2,8 Tonnen unzulässig ist.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

- die getroffene Regelung und die daraus resultierende drastische Steuererhöhung für Wohnmobile zu überdenken und zu korrigieren,
- dem Deutschen Bundestag einen Vorschlag für eine angemessene Kraftfahrzeugbesteuerung von Wohnmobilen zu unterbreiten, die Wohnmobile nicht unverhältnismäßig belastet.

Berlin, den 12. April 2005

Dr. Michael Meister
Heinz Seiffert
Dirk Fischer (Hamburg)
Otto Bernhardt
Klaus Brähmig
Georg Brunnhuber
Renate Blank
Wolfgang Börnsen (Bönstrup)
Cajus Julius Caesar
Gitta Connemann
Leo Dautzenberg
Hubert Deittert
Maria Eichhorn
Georg Fahrenschon
Enak Ferlemann
Ingrid Fischbach
Klaus-Peter Flosbach
Dr. Michael Fuchs
Ralf Göbel
Peter Götz
Olav Gutting
Ernst Hinsken
Klaus Hofbauer

Bernd Heynemann
Norbert Königshofen
Manfred Kolbe
Werner Kuhn (Zingst)
Eduard Lintner
Dr. Klaus W. Lippold (Offenbach)
Patricia Lips
Hans Michelbach
Klaus Minkel
Stefan Müller (Erlangen)
Henry Nitzsche
Günter Nooke
Eduard Oswald
Peter Rzepka
Norbert Schindler
Wilhelm Josef Sebastian
Christian Freiherr von Stetten
Gero Storjohann
Lena Strothmann
Volkmar Uwe Vogel
Gerhard Wächter
Elke Wülfing
Dr. Angela Merkel, Michael Glos und Fraktion